

30. 01. 2008

Pressemitteilung: Die „Soziale Bewegung Land Brandenburg“ beteiligt sich an der Kampagne **„Mitmachen! Kein Lohn unter 10 Euro“**

Unterschreiben für Mindestlohn!

Mit einer Unterschriftensammlung beteiligt sich die **„Soziale Bewegung Land Brandenburg“ (SBB)** an der Kampagne: >>**Mitmachen! Kein Lohn unter 10 Euro**<<. Die Initiatoren, 10 Initiativen der bundesweiten Erwerbslosen- und Sozialprotestbewegungen und Gewerkschaftsgliederungen wollen damit das Bewusstsein schärfen, dass ein gesetzlicher Mindestlohn im Kampf gegen Lohndumping und Sozialabbau überfällig und eine Höhe von 10 Euro für ein würdiges Auskommen geboten ist!

Arm trotz Arbeit – das ist inzwischen bittere Realität bei immer mehr Erwerbstätigen in Deutschland. Sinkende Reallöhne und den Abbau von Arbeitnehmerrechten erleben wir nun schon seit Jahren. Die Arbeitslosigkeit war und ist das willkommene Druckmittel um diese Neustrukturierung des Arbeitsmarktes durchzusetzen. Hartz IV erfüllte hierbei seine Funktion zur Disziplinierung der Lohnabhängigen perfekt, alle Verschlechterungen wurden ertragen. Nur die Arbeit nicht verlieren, nur nicht den „Hartzschen Offenbarungseid“ leisten müssen. Unter diesen Bedingungen muss die Jubelfreude der Politiker darüber, dass die Arbeitslosenzahlen wieder sinken, vielen Betroffenen wie Verhöhnung vorkommen. Fakt ist, hauptsächlich die Ausdehnung des Niedriglohnsektors hat den Rückgang der Arbeitslosigkeit bewirkt.

Das Konzept der Wirtschaft und ihrer Politvertreter ging auf. - Bis jetzt!

Doch das Ende des Hinnehmbaren ist erreicht! Allein in Brandenburg ist die Zahl der sogenannten Aufstocker, die neben ihrem Lohn noch Leistungen nach Hartz IV beziehen müssen, auf 42.700 angewachsen – bundesweit sind es bereits 1,3 Millionen! Leiharbeit, Minijob, Ein-Euro-Job, unbezahltes Praktikum und andere Formen prekärer Beschäftigung greifen immer weiter um sich, gehören inzwischen zur Normalität. Durch diese Abwärtsspirale sinken auch die anderen sozialen Leistungen, weil die Grundlage für ihre Festlegung die Lohnentwicklung ist.

Das geht alle an, denn es trifft uns alle – egal ob erwerbslos oder erwerbstätig, ob Rentner, Student oder Schüler!

Hier muss der Staat zum Handeln gezwungen werden seine Pflicht wahrzunehmen. Es muss eine gesetzliche Lohnuntergrenze zum Schutz vor Willkür und ungezügelterm Profitstreben geben. Was hier in Deutschland in einigen Branchen an Löhnen gezahlt wird, muss z.T. als unanständig und entwürdigend bezeichnet werden. Der soziale Frieden ist in Gefahr!

Die „Soziale Bewegung Land Brandenburg“, der Initiativen aus über 20 Städten im Land Brandenburg angehören, fordert deshalb einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, eine Erhöhung des ALG II Regelsatzes auf 500 Euro unter Zurücknahme aller Repressionen, sowie eine spürbare Arbeitszeitverkürzung mit Ziel der 30-Stundenwoche. Damit befinden wir uns mit den Forderungen der bundesweiten Sozialprotestbewegung im Einklang. Ebenso mit der Ansicht, dass diese drei Forderungen nur gemeinsam zum erfolgreichen Politikwechsel zum Nutzen der Lohnabhängigen führen werden, die in diesem Land die große Mehrheit repräsentieren.

Deshalb schließen wir uns der oben genannten Mindestlohnkampagne an. Das Einführungsjahr für gesetzliche Mindestlöhne in Deutschland muss 2008 lauten!